Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 203 | Montag, den 23. Juli | Jahrgang 1928

Tagesfragen.

Der von den Deutschnationalen in Form eines Antrages vorgelegte, inhaltlich an anderer Stelle dieser Ausgabe wiedergegebene Entwurf zu einem Reichsschulgesetz trägt zu sehr den Stempel der Absicht an sich, als daß man den Eifer loben könnte. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat es bekanntlich durchzusetzen gewußt, daß in der Erklärung der Reichsregierung die Einbringung eines Schulgesetzes in Aussicht gestellt wurde. Wenn nunmehr die Deutschnationalen einen eigenen Entwurf vorlegen, der sich von dem alten Entwurf fast in keinem Punkte unterscheidet, so verfolgen sie damit keinen anderen Zweck, als zur Verhinderung der Großen Koalition möglichst viel Stoff beizutragen. Die Deutschnationalen glauben wohl selbst nicht daran, daß ihr Entwurf größere Aussichten haben könnte als die Vorlage, die von der Reichsregierung auf Grund der abgegebenen Erklärung einzubringen ist. Wäre es den Deutschnationalen ernst mit ihrem schulpolitischen Antrag, so hätten sie diesen Weg nicht gewählt, sondern hätten den Regierungsentwurf abgewartet, um dann im Ausschuß Seite an Seite mit dem Zentrum für etwaige Verbesserungen einzutreten und der Vorlage im Plenum zur Annahme zu verhelfen. Da aber mit einer mehr als verdächtigen Eile die Herren Dr. Spahn und Genossen sich bemühten, einen eigenen Entwurf einzubringen, so merkt man nur zu sehr die Absicht, zumal die Deutschnationalen doch wissen, daß nicht zuletzt durch ihre Schuld die Zahl der Anhänger der Konfessionsschule im neuen Reichstag geringer ist, als sie im alten Reichstag war. Wer dem christlichen Schulideal die Wahrheit geben will, verzichtet auf billige Agitationsmanöver. Doch die Deutschnationalen werden nicht bloß den Mund spitzen müssen, man wird sie auch zum Pfeifen zwingen. Sobald der Regierungsentwurf vorliegt, werden sie zu zeigen haben, ob ihre Sorge um die Sicherung der christlichen Bekenntnisschule durch die Oppositionsstellung, die sie jetzt einnehmen, beeinflußt wird, oder ob sie an dem Zustandekommen eines alle Teile befriedigenden Schulgesetzes auch jetzt noch, da sie nicht mehr in der Regierung sitzen, ernsthaft mitzuarbeiten gedenken.

*

Lenin sowohl wie Trotzki erkannten schon vor Jahren klar, daß sich die bolschewistische Herrschaft in Sowjetrußland auf die Dauer nicht halten läßt, wenn es nicht gelingt, den russischen Bauern zu befriedigen. Im Gegensatz zu diesen politischen Köpfen haben die Epigonen vom Schlage Krassins und Bucharins in den letzten beiden Jahren eine Bauernpolitik getrieben, die jetzt nahezu zur Katastrophe führte. Es mutet beinahe wie ein Witz an, wenn man in der englischen Presse großaufgezogene Nachrichten liest, wie etwa folgende: Kanadischer Weizen für Sowjetrußland, Russischer Weizenkauf in Amerika und ähnliche mehr. Ein recht anschauliches Bild der Lage gibt uns soeben Paul Scheffer im „Berliner Tageblatt" wenn er schreibt:

„Trotz einer angeblich mittleren Ernte 1927/28 besteht ganz offenbar im Lande Getreideknappheit, die sich an einigen Stellen zu Mangel steigert. Natürlich sind die großen Zentren des Landes, Leningrad, Moskau, Charkow, für alle Fälle versorgt, auch wenn selbst dort das Weißbrot jene gräuliche Farbe hat, die man uns im Kriege als Beweis besonderen Nährwertes bezeichnete. Ueberall wird das Getreide zu hohen Zahlen ausgemahlen, deren weitere Steigerung bevorsteht. Schon seit mehr als zwei Monaten kommen aus verschiedenen Gegenden, nicht nur aus den Städten und Städtchen dort, sondern auch vom platten Lande Nachrichten von nächtlich beginnendem Reihestehen vor den Bäckerläden, zu denen neuerdings vielerorts die Rationierung des Brotes im Einzelverkauf getreten ist. Im Kubangebiet erhalten beispielsweise die organisierten Landarbeiter der Sowjetgüter zwei Pfund Brot, die unorganisierten gar nur ein halbes Pfund. Es werden Verfügungen vorbereitet, daß nur gebackenes Brot transportiert werden darf, aber vorläufig sieht man in den von Moskau ausgehenden Zügen Reisende in Menge, die das Mehl sackweise in die Provinz schleppen. Sonderbarer Zustand!"

Ohne eine ungeheure Mißwirtschaft wären diese Mißstände in dem agrarischen Ausfuhrland Sowjetrußland schlechterdings undenkbar. Die Herren vom Kreml haben jetzt auch ihre Fehler eingesehen und eine Reihe von neuen Maßnahmen beschlossen. Auch sie sind für die Verhältnisse im Kommunistenreiche sehr bezeichnend. Man will den Ankaufspreis für Getreide um durchschnittlich 20 Kopeken pro Pud erhöhen, die Repressalien und Zwangsfortnahme von Getreide einstellen, die gerichtlichen Verfolgungen wegen Zurückhaltung von Getreide aufgeben und das Verbot des freien Getreidehandels aufheben. Damit wird offen zugegeben, daß das bisherige System der gewaltsamen Erfassung des Brotgetreides völlig Schiffbruch erlitten hat. Was tun also Krassin und Bucharin? Wenn die kommunistischen Methoden versagen, werden vielleicht die kapitalistischen aus der Verlegenheit helfen. Mit einer geradezu verblüffenden Unverfrorenheit werden daher die alten kapitalistischen Methoden in der Wirtschaft Sowjetrußlands eingeführt.

*

Wenige Wochen nach dem Ende der ersten Kohlensubventionsperiode brach der englische große Bergarbeiterstreik aus. Man sollte meinen, daß die englische Regierung aus diesem negativen Ergebnis die entsprechenden Schlüsse gezogen hätte. Nämlich, daß mit Subventionen auf die Dauer ein in sich kranker Wirtschaftszweig nicht geheilt werden kann. Auch hat sich der große Kohlenbericht von Sir Herbert Samuel, der auf einer eingehenden Untersuchung des gesamten englischen Kohlenproblems basiert, gegen das Mittel staatlicher Zuschüsse ausgesprochen. Am 1. Dezember werden es zwei Jahre, seit der große englische Streik zu Ende gegangen ist. Und nun weiß die englische Regierung kein besseres Mittel zur Behebung der Kohlenkalamität als wiederum mit Staatsmitteln einzugreifen. Für drei Jahre sollen die Eisenbahngesellschaften Zuschüsse erhalten, die es ermöglichen, die für den Export bestimmten Kohlen um ca. 9 bis 11 Pence pro Tonne billiger zu befördern. Wenn man weiß, daß der Kohlenexport in der Hauptsache nur eine Frage frachtgünstiger Lage ist, und wenn man weiß, daß England besonders frachtgünstig gelegen ist (Transport auf Schiffen), so bedeutet dieser Zuschuß für die Eisenbahngesellschaften eine direkte Subvention des englischen Kohlenbergbaues. Außerdem verpflichtet sich die Regierung jährlich für 20 000 erwerbslose Bergarbeiter die Kosten der Auswanderung zu tragen. Die europäische Kohlenlage, die bisher gewiß nicht sehr rosig war, erfährt durch die neue Subventionsära eine unheilvolle Verschärfung. Durch die Kohlenpolitik der englischen Regierung werden die Aussichten für eine europäische Kohlenverständigung wieder in weite Ferne gerückt. Man weiß, daß das Ruhrkohlensyndikat das äußerst verlustreiche Exportgeschäft in manchen Teilen des bestrittenen Gebietes nur durchhält in der Hoffnung einer baldigen Verständigung mit England. Man weiß aber auch, daß diese Politik im Syndikat selbst umstritten ist, da man befürchtet, daß große Summen für vage Zukunftshoffnungen ausgegeben werden. Die letzte Kohlenpreiserhöhung für die Ruhrkohle kann sich selbstverständlich nur im unbestrittenen Gebiet durchsetzen, sodaß sich die Spanne der Preise im unbestrittenen und bestrittenen Gebiet noch weiter vergrößert hat. Die neue Subventionspolitik Englands bedeutet nichts anderes, als daß man mit dem weiteren Vordringen der englischen Kohle zu rechnen hat, daß die Preise im bestrittenen Gebiet noch weiter gedrückt werden und daß weitere Teile des bisher bestrittenen Gebietes in die Einflußsphäre der englischen Kohle geraten. Die staatlichen Zuschüsse beweisen aber auch, daß man in England nicht an eine Verständigung denkt, daß man mit allen Mitteln um die Beherrschung und Ausdehnung des Marktes kämpft. Sind die geringfügigen Erfolge, die der englische Kohlenbergbau seit Ende des Streikes aufzuweisen hat, auf Kosten der Arbeiter erkämpft worden, so versucht man es jetzt mit den Geldern der Steuerzahler. Bekanntlich kann man in England alles nur Denkbare mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit durchdrücken: Steuern, Zölle, Subventionen und Regierungserklärungen. Und die Arbeitslosigkeit in England ist im Steigen begriffen, sie ist um 400 000 höher als im Vorjahre. Subventionen sind das schlechteste Mittel, um einer Industrie zu helfen, wenigstens auf lange Sicht. Die Bergbauunternehmer werden weiter ermutigt, alle Dinge so stehen zu lassen, wie sie nun einmal sind, und nicht an Rationalisierungsmaßnahmen zu denken. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Konzentration im englischen Kohlenbergbau in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat. Aber sie sind nicht groß genug, um die notwendigen Rationalisierungsarbeiten großzügig und einheitlich in Angriff zu nehmen. Am weitesten vorgeschritten ist der Kohlenbezirk Yorkshire, aber im Ganzen gesehen bleibt der Rationalisierungsstand des englischen Bergbaus hinter dem des deutschen zurück. Es ist nicht anzunehmen, daß man durch Subventionen die Rationalisierungstätigkeit anregt; es ist vielmehr anzunehmen, daß sie durch staatliche Zuschüsse gehemmt wird. Die neue Subventionspolitik Englands kann zwar für den Augenblick dem englischen Bergbau helfen, sie kann auch die europäische Krise verschärfen, sie kann aber nicht dem englischen Bergbau für die Dauer auf die Beine helfen.

Der Aufstand in Portugal mißglückt.

Durch Artillerie niedergekämpft.

× **Paris**, 21. Juli. „Havas" meldet aus Lissabon: Die gestern abend von gewissen politischen Elementen entfachte Umsturzbewegung war heute früh vollkommen eingedämmt. Truppen und die Polizei halten die Ordnung aufrecht. Die Regierung beherrscht vollkommen die Lage. Das ganze Land ist ruhig.

)(**Paris**, 22. Juli. Nach einer vom „Matin" veröffentlichten Agenturmeldung aus Lissabon spielte sich der Aufstandsversuch in Portugal ungefähr wie folgt ab: Am Freitag abend erklärte der Befehlshaber der Festung San Gorge, Hauptmann Gonzalgue, daß seine Offiziere und Mannschaften die gegenwärtige Regierung nicht mehr anerkennen. Auf Grund dieser Erklärung wurde sämtlichen der Regierung treugebliebenen Offizieren der Eingang in die Festung verwehrt. Der Kriegsminister beauftragte den Hauptmann Betrac, die Meuterer unschädlich zu machen. Im Verlaufe der ersten Kämpfe gelang es den Meuterern, sich einer benachbarten Kaserne zu bemächtigen, die sie jedoch bald wieder räumen und sich auf die Festung zurückziehen mußten. Die Festung wurde die ganze Nacht über durch Artillerie beschossen. Gestern früh ergaben sich sämtliche Offiziere und Mannschaften.

Paris, 22. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Lissabon sind auch einige bürgerliche Elemente an der von der Besatzung des Forts San Jorje ausgegangenen Aufstandsbewegung beteiligt gewesen. Desgleichen war der Regierung zur Kenntnis gekommen, daß verschiedene Aufstandsherde in der Provinz vorhanden waren. Es wurden alle Maßnahmen getroffen, um sie zu ersticken, was nach der vorliegenden Meldung vollkommen gelungen sein soll. Während der Beschießung des Forts San Jorje durch Artillerie sind die umliegenden Häuser stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Mehrere Bewohner wurden verletzt. Insgesamt sollen bei der Beschießung sieben Personen ums Leben gekommen und außerdem 30 verletzt worden sein, darunter Offiziere und Mannschaften. Die Bewegung hatte, wie Havas betont, politischen Charakter. Armee, Marine, Nationalgarde und Polizei sollen treu zur Regierung stehen, die die Lage vollkommen beherrscht und heute früh den in der Nacht von Freitag auf Sonnabend eingestellten Verkehr wieder freigegeben hat.

Calles kündigt neue Verfolgungen der Kirche an.

Unglaubwürdige Beschuldigungen.

◇ **Mexiko**, 21. Juli. Das amerikanische Staatssekretariat des Aeußern gibt eine Erklärung des Präsidenten von Mexiko bekannt, in der es u. a. heißt, das unerhörte Verbrechen, dem Obregon zum Opfer fiel, habe das gesamte mexikanische Volk in Trauer versetzt, und es gäbe keinen achtbaren Menschen, der dies Verbrechen nicht verabscheute. Mexiko verliere dadurch seinen fähigsten Staatsmann. Der Präsident teilt darauf mit, daß ihm die Regierung die Führung überlassen habe. Die Regierung sei entschlossen, gestützt auf das Gesetz, mit aller Kraft und Energie nicht nur den wirklichen Täter, sondern auch die Anstifter und Hintermänner der Tat zur Rechenschaft zu ziehen. Der Verbrecher habe eingestanden, seine Tat aus religiösem Fanatismus begangen zu haben. Die Ermittelungen der Behörden hätten bereits ergeben, daß der Täter offensichtlich von klerikaler Seite beeinflußt war. Die Regierung werde sich durch dieses dunkle Vorgehen gegen die Einrichtungen der Republik nicht beeinflussen lassen, sondern die liberalen Grundsätze der sozialen Bewegung weiter verfolgen zum Wohle der Mexikanischen Nation. Der Präsident fordert dann zu einem Zusammenschluß auf, um die höchsten Ideale der Nation zu verwirklichen, und um die Intrigen zu vernichten, damit die Arbeit für die Beständigkeit der nationalen Gesundung fortgesetzt werde. Als Trost diene es ihm, daß trotz der Erregung, die das Verbrechen überall im Lande hervorrief, Ruhe und Sicherheit fortdauerten. Zum Schluß betont er, daß die Regierung ihren Weg wie bisher mit Ruhe und, wenn nötig, mit Energie nach den Bestimmungen der Verfassung weiter verfolgen wird.

*

Die Aeußerung des Präsidenten Calles über den Mörder Obregans und seine angeblichen Hintermänner wird dadurch nicht glaubhafter, daß sie amtlich verbreitet wird. Daß jemand aus religiösem Fanatismus, also in dem Zustand eines krankhaften Eiferers, ein Verbrecher wird, ist natürlich ebenso möglich, wie beispielsweise die Erzberger- und Rathenau-Mörder aus einem überreizten Nationalismus ihre verabscheuungswürdigen Taten vollbracht haben. Daß aber kirchliche Kreise in Mexiko den jungen Mann zu seiner Mordtat veranlaßt haben sollen, ist ganz und gar unglaubwürdig. Nicht nur, weil die katholische Kirche den politischen Mord wie jeden Mord entschieden verurteilt, sondern auch weil gerade, wenn Obregon das Präsidentenamt übernahm, beste Aussicht zu einem Friedensschluß zwischen Kirche und Staat in Mexiko bestand. Calles aber glaubt offenbar den Mord als günstigen Vorwand für neue Drangsalierungen der katholischen Kirche, ihres Klerus und ihrer treuen Anhänger betrachten zu können. Nichts anders besagt es, wenn er betont, die mexikanische Regierung werde ihren Weg mit Energie nach den Bestimmungen der Verfassung weiter verfolgen. Die Kirche hat schon viele Verfolgungen überstanden, sie ist immer Siegerin geblieben, und auch ein Calles wird sie nicht auf die Knie zwingen.

*

Ernste Lage in Mexiko.

× **Mexiko**, 21. Juli. Der Führer der Agrarpartei, Soto, erklärte: „Die Lage ist so ernst wie zur Zeit der Ermordung Maderos. Wenn uns Gerechtigkeit verweigert wird, werden wir zu den Waffen greifen. Das einzige Mittel, den Ausbruch des Bürgerkrieges zu vermeiden, ist der Rücktritt des Arbeitsministers und die Beseitigung der Arbeiterführer aus der Regierung."

() **Mexiko**, 21. Juli. Fünfzehnhundert Landleute veranstalteten einen Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt; sie verlangten den Rücktritt des Arbeitsministers und anderer Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, die sie beschuldigen, die Ermordung Obregons durch ihren Widerstand gegen seine Wiederwahl geistig vorbereitet zu haben.

*

Also nicht die „klerikalen Hintermänner", als deren Werkzeug Calles den Mörder Obregons hinzustellen sucht, sind Mitschuldige des Täters, sondern die politischen Gegner Obregons, die sogar in der Regierung sitzen. Als solcher wurde bereits dieser Tage der Minister Morones offen genannt. Die Demonstration der Landleute beweist, daß man in Mexiko selbst die Beschuldigung der katholischen Kreise als nichtswürdige Verleumdung ansieht.

*

Osservatore Romano zu den Vorgängen in Mexiko.

() **Rom**, 21. Juli. In einem Kommentar zu den Nachrichten über die Vorgänge in Mexiko verurteilt „Osservatore Romano" den Mord an General Obregon und protestiert zugleich gegen die Behauptung, daß die Katholiken an dem Mord Schuld seien. Der Heilige Stuhl erwartet, so sagt das Blatt, ruhig die Ergebnisse des Prozesses, überzeugt davon, daß der Episkopat, der Klerus und die wahren Katholiken Mexikos zu unrecht beschuldigt werden.

*

Obregons Beisetzung.

¶ **London**, 22. Juli. Wie aus Novojo gemeldet wird, ist die Leiche des General Obregons nach kurzer einfacher Trauerfeier auf dem Friedhof in Hustahampo beerdigt worden. Entlang des 35 Kilometer langen Weges des Leichenzuges hatte die Regierung eine Ehrenwache gestellt.

Die Erhöhung der Reichsbahntarife.

Von unserer Berliner Redaktion.

⊙ **Berlin**, 22. Juli.

Die Frage der Tariferhöhung bei der Reichsbahn wird am Montag auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichskabinetts stehen, wenn bis dahin die beteiligten Ressorts, d. h., das Reichsverkehrs-, das Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium mit der Vorbereitung der Unterlagen zur Stellungnahme der Reichsregierung fertig sind. Voraussichtlich wird sich das Kabinett von seiner bisherigen ablehnenden Haltung nicht abbringen lassen, da bei einer Erhöhung der Reichsbahntarife mit einer allgemeinen Teuerung gerechnet werden müßte. Die Reichsbahn wird sich für den Fall, daß der Antrag der Tariferhöhung abgelehnt wird, wegen der endgültigen Entscheidung an das Reichsbahngericht wenden, das für Streitigkeiten zwischen Reichsregierung und Reichsbahn vorgesehen ist. Ein Zusammentritt des Reichsbahngerichtes war bisher noch nicht erforderlich.

Reichskanzler Müller über seine Politik.

⊕ **Wien**, 22. Juli. Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichskanzler Hermann Müller, in der dieser u. a. sagte: Die Reichstagswahlen haben in unzweideutiger Weise den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, daß es einerseits die Stabilisierung der inneren Verhältnisse auf der Grundlage der Weimarer Verfassung, andererseits die Fortführung der bisherigen auswärtigen Politik im Interesse der Verständigung und des Friedens anstrebt. Wenn somit die Grundlagen unserer Gesamtpolitik feststehen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß es innerhalb der bestehenden Parteien noch vielfach Meinungsverschiedenheiten über die Methoden der Ausführung dieser an sich nicht bestrittenen Politik gibt. Die Aufgabe der Reichsregierung wird sein, Differenzen auszugleichen und eine möglichst breite und dauerhafte Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit der in betracht kommenden Parteien zu sichern. Es wird zu den vornehmsten Aufgaben der jetzigen Regierung gehören, die Beziehungen zu Oesterreich enger zu gestalten, damit das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit immer mehr Gemeingut des deutschen Volkes werde.

Dr. Stresemann in Karlsbad.

× **Karlsbad**, 22. Juli. Reichsminister des Aeußern, Dr. Stresemann, ist heute nachmittag gegen sechs Uhr mit seinem Sohn hier eingetroffen.

Eine Fabel und ihre Nutzanwendung.

Neulich lasen wir im journalistischen Bereiche des Herrn Hugenberg eine schauerlich-schöne Berliner Geschichte. „Mordskrach in der Königin-Augustastraße; man denkt, die Kastanienbäume davor am Landwehrkanal müßten erzittern". Was war los?

Am Reichswehrministerium war Groener vorgefahren. Im Rock des Bürgers, den er fast immer trägt. Die Posten hatten den „Zivilisten" natürlich nicht gegrüßt. "Er — nun zitieren wir den Gewährsmann — sieht die Soldaten scharf an. „Was will der Kerl?" denken die, aber weiterdenken können sie gar nicht, denn schon ist der Krach da: warum sie ihn, den Reichswehrminister Groener, nicht grüßten, sagt der Zivilist zornroten Angesichts und pfeift die Leute an, daß sie nicht wissen, wie ihnen geschieht. Ich schlendre gerade unter den Kastanienbäumen entlang, auch andere Passanten bleiben einen Augenblick stehen. Arme Kerls, diese ahnungslosen Soldaten; sicherlich werden sich nachher auch noch bestraft, zum mindesten mit einem dienstlichen Verweis, denn sie hätten, wird ihnen gesagt werden, doch das kleine, vorn rechts am Kühler hängende Läppchen sehen müssen, den Autostander des Reichswehrministers". Und dann folgt, zum erbaulichen Vergleich, eine Epifode „aus dem Felde", wo ein ebenfalls „ungegrüßter" General den Uebeltäter nicht, wie es „ein Offiziersstellvertreter" nach der Meinung des Erzählers zweifellos getan hätte, angepfiffen, sondern ihn mit freundlich-väterlicher Mahnung nach Hause geschickt hatte. Es geht eben nichts über die gute, alte, schöne vergangene Zeit! Oder doch?

Jedem von uns fallen andere Geschichten ein, Geschichten, in denen ein Grußversäumnis oder eine ähnliche Untat weit weniger milde geahndet wurde. Wir wollen sie nicht wieder aufwärmen. Aber merkwürdig ist es zweifellos, daß „Rumpelstilzchen", von dem die Geschichte mit Groener stammt, nie Dinge erlebt hat, die der Reputation des alten preußischen Militärwesens nicht so unbedingt förderlich sind. Er hat wirklich ein außergewöhnliches Glück mit seinen Erlebnissen. Er erlebt nur Dinge, die ihm liegen. Das ist wirklich etwas, was bisher kaum einem anderen Reporter widerfahren ist. Es war nichts als Glück, daß Groener den Posten gerade in dem Augenblick anpfiff, als Herr Stein, alias „Rumpelstilzchen" am Landwehrkanal spazieren ging. Es war ebenfalls Glück, daß er im Felde nur alte freundliche Herren erlebte, die sich, — obwohl im Schmucke des Waffenrocks — viel humaner aufführten, als Groener, der als „Zivilist" doch gar keinen Anspruch darauf hat, von seinen Untergebenen gegrüßt zu werden. Das alles war Glück, ohne Zweifel; denn daß „Rumpelstilzchen" die Dinge zurecht biegt, daß er das „Glück" korrigiert", um eine Pointe zu kriegen, das darf man doch sicher nicht annehmen.

Nun haben wir die Geschichte freilich nicht nur deshalb erzählt, weil wir erstaunt sind über die hämische Art, mit der er den ehemaligen General behandelt, der seine Kraft und seine Kenntnisse in den Dienst des neuen Staates gestellt hat. Das allein wäre der Mühe nicht wert. Die Erwähnung geschieht vielmehr deshalb, weil die Anekdote, die im wesentlichen passiert sein kann, von Neuem einen Zustand offenbart, der mit den heutigen staatlichen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt. Vor dem Reichswehrministerium steht ein militärischer Posten. Der präsentiert sein Gewehr vor jedem kleinen Leutnant, vor jeder jetzigen oder ehemaligen Offiziersuniform, ganz gleich, ob ihr Träger aus Deutschland oder aus Afghanistan stammt. Seinen Minister aber, seinen höchsten Vorgesetzten nächst dem Reichspräsidenten, läßt er grußlos passieren. Er ist ja bloß ein „Zivilist" und der Autostander, die Flagge des Reiches, die den Chef auch dem „Ahnungslosen" ankündigen müßte, bloß „ein Läppchen". Auch anderwärts grüßt der Posten nur die Offiziersuniform und den Diplomatenfrack und kümmert sich nicht darum, wenn der Reichskanzler oder der amerikanische Botschafter unbetreßt im einfachen Kleide vorbeigeht. Das ist ein Zustand, der in unserer Zeit nicht hineinpaßt. Früher hat der Soldat präsentiert vor dem Offizier, welcher den „Rock des Königs" trug, und deshalb mehr galt, als der „Zivilist". Das Präsentieren war also der adäquate Ausdruck einer tatsächlich vorhandenen Rangordnung. Heute ist der „Soldate", d. h. der Offizier vielleicht immer noch der schönste, aber sicher nicht mehr der erste Mann im ganzen Staate. Heute ist das Heer das Werkzeug der bürgerlichen Politik, der Untertan der zivilen Regierung. Das kann ruhig auch äußerlich in die Erscheinung treten. Dem Kanzler, den Ministern und vor allem der Reichsflagge gebührt das Präsentieren des Postens. Man wende nicht ein, das seien unwesentliche Dinge. Auch eine Republik muß repräsentieren und wenn es nur deshalb wäre, um solche Leute mundtot zu machen, die schmucklose Einfachheit als einen Mangel ansehen oder die die Schlichtheit benutzen, um den Dummen, die nicht alle werden, den heutigen Staat zu verleiden.

Der deutschnationale Schulgesetzantrag.

⊠ **Berlin,** 22. Juli. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Reichsinnenminister im letzten Kabinett Marx, Dr. v. Keudell, hat mit Unterstützung der übrigen Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion jetzt in Form eines Antrages seinen Entwurf zu einem Reichsschulgesetz vorgelegt. Drei Formen für die deutsche Volksschule werden wieder aufgestellt, nämlich die nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule (die sogenannte Gemeinschaftsschule), die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule). Anträge auf Herstellung einer der drei Schularten soll jede Person stellen können, die die Sorge für ein volksschulpflichtiges Kind zu tragen hat. Mindestens müssen die Erziehungsberechtigten von 40 schulpflichtigen Kindern einen solchen Antrag einreichen. Voraussetzung soll aber wieder die Möglichkeit eines geordneten Schulbetriebes sein, wobei als Mindesthöhe die in der betreffenden Gemeinde am 1. Januar 1919 bestehende Organisation angesehen wird. Wenn Zweidrittel der Erziehungsberechtigten es wünschen, können bestehende Schulformen umgewandelt werden. Nach § 14 führt die Aufsicht über alle Volksschulen der Staat. Der Religionsunterricht soll von einem Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen, aber unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt werden. Zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht bestellt der Staat im Schulwesen erfahrene Beauftragte, die von der Religionsgemeinschaft vorgeschlagen werden. Den obersten Stellen der Religionsgemeinschaften soll Gelegenheit gegeben werden, sich von der Ausführung des Religionsunterrichtes zu überzeugen. In den Simultanschulländern Baden und Hessen-Nassau soll das Gesetz erst fünf Jahre nach der Verkündung in Kraft treten. Zur Bestreitung der Mehrkosten soll das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe gewähren.

Das neue Schankstättengesetz.

⊠ **Berlin,** 22. Juli. Nachdem der Reichsrat seine Vorberatung des Entwurfes eines Schankstättengesetzes abgeschlossen hat, hat der Reichswirtschaftsminister diese Vorlage jetzt dem Reichstage zugeleitet. Gleich im § 1 des Gesetzes, der zum Ausdruck bringt, daß das Betreiben einer Gastwirtschaft oder der Kleinhandel mit Branntwein einer Erlaubnis bedarf und daß die Erlaubnis nur erteilt werden darf, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen wird, ist eine Unstimmigkeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat aufgetreten. Während nämlich die Regierungsvorlage festsetzt, daß die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrates, die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Bedürfnisses bestimmen kann und daß nur subsidiär die obersten Landesbehörden eintreten können, wirkt der Reichsrat allein die oberste Landesbehörde als maßgebende Instanz gelten lassen. Im übrigen regelt das Gesetz die Materie in insgesamt 35 Paragraphen. Die Gewerbebefugnis kann zurückgenommen werden, wenn nachträglich Tatsachen über den Charakter des Gewerbetreibenden bekannt werden, die einer Erlaubnis im Wege stehen. Im Absatz „Umfang der Gewerbebefugnis" wird u. a. erklärt, daß der Ausschank geistiger Getränke an Personen unter 18 Jahren verboten ist. Auch darf an Betrunkene nichts mehr ausgeschenkt werden, ebenso wie der Vertrieb geistiger Getränke durch Automaten oder der Zwang, das Verabfolgen von Speisen von der Bestellung von Getränken abhängig zu machen, verboten ist. Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bedroht.

Friedensmiete in Oesterreich in 12 Jahren.

Wien, 22. Juli.

Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat kurz vor Schluß der Sommertagung eine Mietevorlage zugehen lassen, in der die allmähliche Heraufsetzung der Wohnungsmiete auf Friedenshöhe in etwa 12 Jahren vorgesehen ist. Wer die österreichischen Verhältnisse, besonders aber die Zustände in Wien kennt, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß die jetzige Regelung der Mietenfestsetzung unmöglich auf die Dauer beibehalten werden kann. Die Hauseigentümer — in Oesterreich Hausherren genannt — sind nämlich keineswegs als Herren ihres Eigentums anzusprechen. Ein minimaler Prozentsatz der Friedensmiete fließt ihnen zu, so daß tatsächlich von einer fast völligen Enteignung des Hausbesitzes gesprochen werden kann. Der von der Regierung eingebrachte Entwurf hat keinen anderen Zweck als die Wiederherstellung normaler Rechtsverhältnisse auf der Grundlage des gesicherten Privateigentums. Gegen diesen Schritt der Regierung bläst nunmehr die österreichische Sozialdemokratie zum Sturm. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat bis zum 14. September den Parteitag nach Wien einberufen. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß durch die Mietevorlage der Regierung der Gegenangriff gegen den Mieterschutz eingeleitet sei. Die Mietevorlage und der Entwurf eines Abgabeteilungsgesetzes würden die Arbeiterschaft im Herbst zum energischen Abwehrkampf zwingen. Da die Mehrheit der Partei die Taktik für diesen Kampf festsetzen müsse, werde der Parteitag bereits im September abgehalten.

★

Die österreichische Sozialdemokratie will also gerade das Gegenteil von dem, was die Deutsche Wirtschaftspartei fordert, die dieser Tage im Reichstag eine Eingabe auf restlose Beseitigung der Hauszinssteuer und Heraufsetzung der Miete eingebracht hat. Man wird erwarten, daß sowohl im österreichischen Nationalrat wie im Deutschen Reichstag die Entscheidung nicht mit Rücksicht auf parteiaktische Gesichtspunkte fallen wird, sondern nach dem Grundsatz einer ausgleichenden Gerechtigkeit.

Die deutschen Kommunisten auf der Tagung der 3. Internationale.

× **Kowno,** 21. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, berichteten Freitag in der Sitzung der Kommunistischen Internationale die deutschen Kommunisten Remmele und Münzenberg über die Tätigkeit der KPD. in Deutschland. Sie betonten die Notwendigkeit des Kampfes gegen die deutsche Sozialdemokratie. Der deutsche Arbeiter solle zum Kampf für die Belange der Sowjet-Union herangezogen werden, da die Sowjet-Union das „sozialistische Vaterland" für die deutsche Arbeiterklasse sei. Vor dem Gebäude, in dem die Kommunistische Internationale tagte, fanden zahlreiche Kundgebungen statt. Es sprachen Stalin, Bucharin und verschiedene ausländische Kommunisten, deren Reden in einem Hoch auf die Welt-Revolution ausklangen.

Deutsche Flugzeuge für die Suche der Allessandri-Gruppe.

Italienische Bestellung bei den Heinkellwerken.

◇ **Schwerin,** 22. Juli. Bei der Direktion der Heinkellwerke in Warnemünde ist ein Telegramm des Kapitäns Romagna von der „Citta di Milano" eingetroffen, in dem zwei Heinkell-Doppeldecker zur weiteren Forschung nach der Ballongruppe der „Italia" bestellt werden. Die beiden Flugzeuge, die mit 600 PS-Motoren versehen sein sollen, müssen innerhalb von 12 Tagen geliefert sein. Sie sollen ebenso als Land- wie als Seeflugzeuge zu gebrauchen sein und auch mit Schneekufen versehen werden können. Bei den Heinkellwerken hat sogleich eine Direktionskonferenz stattgefunden, in der beschlossen wurde, die Lieferung der beiden Flugzeuge zu übernehmen.

★

Das Rätsel um Malmgrens Tod.

♥ **Kopenhagen,** 21. Juli. „Politiken" erhält aus Kingsbay eine Meldung sensationeller Prägung. Ueber die Erlebnisse der Malmgreen-Gruppe heißt es darin, Zappi habe ausgesagt, daß der sterbende Malmgreen ihn und Mariano gebeten habe, weiterzugehen, worauf Zappi Malmgreen entkleidete, ihm ein Grab im Eise grub und ihn hineinlegte. Der russische Flieger Tschuchnowsky sei sehr erstaunt darüber gewesen, daß die beiden Italiener nichts von Malmgreens Ausrüstung mitgenommen hätten. Vor allem erscheint es ihm auffallend, daß sie nicht das Tagebuch Malmgreens mitbrachten. Tschuchnowsky habe bestätigt, daß er gemeint habe, drei Männer auf dem Eise zu sehen. Er habe mehrere photographische Aufnahmen gemacht und diese würden Klarheit über die Dinge bringen.

Amundsen bleibt verschollen.

Rückkehr des Eisbrechers Malygin nach Archangelsk.

‖ **Moskau,** 21. Juli. Der Eisbrecher Malygin hat die Eiszone verlassen und begibt sich nach Archangelsk. Das Schiff hat die Hoffnungs- und die Karlsinsel sowie die dazwischen liegenden Eisschollen abgesucht, ohne von Amundsen und der Besatzung des Latham irgend etwas entdecken zu können.

Abfahrt der Citta di Milano von Kingsbay.

¶ **Kingsbay,** 22. Juli. Die Citta di Milano ist in der Nacht nach Narvik abgefahren. Die italienischen Flieger sind auf Spitzbergen geblieben.

★

Neue Rettungsexpeditionen für die Latham.

¶ **Oslo,** 21. Juli. Die Admiralität veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der es heißt: Das französische Polarschiff „Pourquoi Pas" unter dem Kommando von Dr. Charcot und der Robbenfänger „Heimland" werden in den nächsten Tagen die Suche nach der „Latham" am Eisrand von Grönland entlang aufnehmen. Nach den gegenwärtigen Plänen werden der französische Kreuzer „Straßbourg", der norwegische Kreuzer „Tordenskjold", der französische „Aviso Quentin Roosevelt" und der norwegische Regierungsdampfer „Michael Sars" die Nachforschungen in der Gegend zwischen Spitzbergen und Grönland aufnehmen, wohin, wie man vermutet, die „Latham" abgetrieben worden ist. Der Robbenfänger „Robby", der von der Amerikanerin Miß Boyd für eine Yachtfahrt gechartert, aber dann der norwegischen Regierung für die Nachforschungen nach Amundsen bestellt worden war, wird mit Riiser Larsen und Lützowholm an Bord neue Nachforschungen in der Hinlopenstraße anstellen. Die Privatexpedition auf dem Dampfer „Vesle Kari", die von den norwegischen Zeitungen organisiert wurde, wird die Ostküste von Spitzbergen absuchen.

Volksabstimmung in der Schweiz.

⊙ **Bern,** 21. Juli. Das Volksbegehren auf eine Verfassungsrevision im Sinne des allgemeinen Verbotes der Annahme von Orden und Ehrenzeichen fremder Regierungen hat 75 000 Unterschriften erhalten. Notwendig waren 50 000 Unterschriften. Es erfolgt nun eine Volksabstimmung. Die Abstimmung richtet sich gegen Vorkommnisse in der Westschweiz, wo französische Ehrenzeichen (Kreuz der Ehrenlegion usw.) von verschiedenen Persönlichkeiten angenommen worden sind.

Aufruf Rossés an seine Wähler.

× **Paris,** 21. Juli. Wie dem „Petit Journal" aus Straßburg gemeldet wird, hat der Abgeordnete Rossé gestern einen längeren Aufruf an seine Wähler und Freunde veröffentlicht, in dem er betont, er habe seinen Antrag auf Einleitung eines Kassationsverfahrens darum zurückgezogen, weil er kein Vertrauen zur Justiz habe. Er brauche nicht um Gnade bitten, weil das ein Unschuldiger nicht nötig habe. Er habe auch nicht eine besondere Vergünstigung erhalten, denn die bedingte Freilassung nach Ablauf von 6 Monaten sei eine Gunst, die man jedem Verbrecher bewillige. Er begrüße die Begnadigungsmaßnahmen immerhin als den Versuch einer Versöhnung und Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten vom 24. Mai 1928. Dann, der Kampf für eine weitgehende Autonomie werde fortgesetzt. Am Mittwoch wird in Colmar unter dem Vorsitz des Abgeordneten Michel Walter eine Versammlung abgehalten werden, in der Rossé das Wort ergreifen und über den Prozeß in Colmar und die letzten Ereignisse im Elsaß sprechen wird.

Geplanter Anschlag auf den König von Spanien.

◇ **Paris,** 22. Juli. Wie dem „Matin" aus Toulon gemeldet wird, hat die Polizei gestern und vorgestern sieben Personen verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, ein Komplott gegen den König von Spanien gelegentlich seiner Reise nach Canfranc zur Einweihung des Pyrenäentunnels geplant zu haben. Es sollen Dokumente sowie die Kasse der Verschwörer beschlagnahmt worden sein. Drei der Verhafteten sind inzwischen wieder freigelassen worden, gegen die übrigen wird Anklage wegen Anschlags gegen die Sicherheit des Staates erhoben werden.

Keine Heiratsabsichten Mustapha Kemal Paschas.

◇ **Angora,** 21. Juli. Die Anatolische Telegraphen-Agentur wurde ermächtigt, die Blättermeldung über Heiratsabsichten des Präsidenten der Republik, Mustapha Kemal Pascha, als frei erfunden zu dementieren. (Es hieß bekanntlich, Kemal habe um die Hand der Schwester des Königs Amanullah angehalten und von diesem und ihr das Ja-Wort erhalten.)

Stralsunds Befreiungsfeier.

Δ **Stralsund,** 22. Juli. Stralsund steht bereits im Zeichen der Festwoche, die dem Gedenken des Tages gilt, an dem vor dreihundert Jahren Wallenstein zur Aufgabe der Belagerung gezwungen wurde, des Tages, der in der Geschichte der ereignisreichen Vergangenheit dieser Stadt wohl der wichtigste gewesen ist. Die Festwoche steht unter dem Zeichen des damaligen Zusammenwirkens mit Schweden und ist so gleichzeitig ein Ausdruck der deutsch-schwedischen Freundschaft von heute. Das zeigt sich schon ein äußerlich im Bild der Straßen, die reichen Flaggenschmuck tragen, wobei auch die schwedischen Farben einen großen Platz einnehmen. Von dem alterwürdigen Rathaus wallen Fahnentücher in den Farben des Reiches, Preußens und in dem Blau mit dem goldenen Kreuz Schwedens. Auf dem Marktplatz selbst sind neben dem Denkmal des Bürgermeisters Lambert Steinwich, der Stralsund erfolgreich gegen Wallenstein verteidigte, zwei tannenbekleidete Obelisken aufgestellt. Ueber die alten winkligen Straßen sind überall Guirlanden gespannt, die des Befreiungstages gedenken und den Gästen, namentlich auch den Gästen aus Schweden, ein herzliches Willkommen verkünden. Diese deutsch-schwedische Gemeinschaft kommt auch in dem zahlreichen Besuch auch offizieller Vertretungen aus Schweden zum Ausdruck. Heute mittag trafen die beiden schwedischen Torpedobootzerstörer „Wrangel" und „Wachtmeister und drei Unterseeboote im Hafen ein. Die Stralsunder Bevölkerung hatte sich schon lange vorher in großen Scharen eingefunden und brachte den Gästen einen herzlichen Empfang durch begeisterte Hochrufe dar. Vorher sind als Vertretung der deutschen Marine bereits zwei Zerstörer angekommen. Bei Erscheinen der schwedischen Schiffe salutierten die Besatzungen der beiden deutschen Schiffe an Deck. Die beiden schwedischen Schulschiffe „Jarramas" und „Najaden" werden noch für heute nachmittag erwartet, ebenso zahlreiche andere Ehrengäste aus dem Reich und aus Schweden.

Französischer Ozeanflug in Etappen.

Das Wasserflugzeug „La Fregate" gestartet.

♥ **Paris,** 22. Juli. Die Flieger Leutnant Paris, Leutnant Marrot und ein Funker sind von Brest aus heute nachmittag um 17.05 Uhr zu ihrem seit langem beabsichtigten Ozeanflug nach Newyork in Richtung Azoren gestartet. Der Name des Flugzeuges, das 5000 Liter Brennstoff mit sich führt, ist "La Fregate."

Um 11 Uhr erhielt Schiffsleutnant Paris vom Marineministerium die telegraphische Weisung, den Flug über den Atlantischne Ozean zu versuchen, wenn er die Wetterbedingungen für günstig erachte. Das Telegramm empfahl die größte Flugzeit sowohl auf dem Hin- wie auf dem Rückfluge über Neufundland. Vor dem Start erklärte Schiffsleutnant Paris, daß er nicht mehr als 16 Stunden für die 2080 Kilometer betragende Entfernung Brest—Azoren zu benötigen gedenke. Auf den Azoren wird das Wasserflugzeug „Fregate" von einem französischen Aviso mit neuem Brennstoff versehen. Paris rechnet für die weitere Flugstrecke von insgesamt 6760 Kilometern über die Bermudas-Inseln nach Newyork mit einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 140 Kilometern.

★

Ozeanflug-Versuch deutscher Pilotinnen.

⊠ **Berlin,** 21. Juli. Wie jetzt bekannt wird, will die bekannte Kunstfliegerin Baronin von Schönberger-Kraneſeldt gemeinsam mit der bayrischen Jungfliegerin Christl Mariele Schultes aus Bad Heilbronn (Oberbayern) in allernächster Zeit zu einem Ozeanflug von Europa nach Newyork starten.

Löwenstein das Opfer eines Verbrechens?

Paris, 21. Juli. Wie aus Calais gemeldet wird, sind bei der gerichtsärztlichen Untersuchung der Leiche Löwensteins mehrfache Brüche des Schädels, der Wirbelsäule und der Glieder festgestellt worden. Die Eingeweide wurden der behördlichen Untersuchungsanstalt zur Feststellung etwaiger Giftspuren übermittelt.

Streikunruhen in Südindien.

Δ **Madas,** 21. Juli. Im Zusammenhang mit dem Streik auf der südindischen Eisenbahn wurde ein Versuch gemacht, einen von Colombo kommenden Postzug zur Entgleisung zu bringen. Nur die Lokomotive sprang aus den Schienen. In Mayavaram kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Ausständischen und der Polizei. Neun Polizeibeamte wurden verletzt. Die Zahl der Verluste der Streikenden ist unbekannt. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. In Tuticorin ereignete sich ein weiterer Zwischenfall. Die Menge bewarf das Polizeirevier mit Steinen. Mehrere Personen wurden verletzt. Einige Bahnhöfe wurden beschädigt und Eisenbahnschinen verschlagen.

× **Madras,** 21. Juli. Nach Berichten, die von verschiedenen Stationen einlaufen, nimmt der Generalstreik auf der südindischen Eisenbahn infolge der sich häufenden Gewalttätigkeiten der Streikenden einen bedrohlichen Charakter an. Bei Trivanderam brachte die Menge einen Expreßzug zum Halten, indem sie gewaltige Felsblöcke und Baumstämme auf die Gleise legte. Als die Demonstranten einen Angriff auf die Passagiere des Zuges unternahmen, ging die Polizei mit aufgepflanztem Bajonett vor. 22 Personen wurden verwundet. Etwa 160 Kilometer von Madras hielten 1800 Ausständische einen Postzug und zwei Personenzüge an und bewarfen die Passagiere mit Steinen. Die Polizei gab eine Salve ab, durch die 15 Personen verwundet wurden. Bei dem blutigen Zusammenstoß bei Mayavaram, über den bereits berichtet wurde, sind fünf Personen getötet worden.

Eisenbahnunglück bei New York.

× **New York,** 21. Juli. Von einem Viadukt, der in der Nähe des bei New York gelegenen viel besuchten Strandortes Far Rockaway über einen Wasserarm der Jamaica Bay führt, stürzte heute der erste Waggon eines aus zehn Wagen bestehenden Personenzugs der Long Island-Bahn von der offenen Zugbrücke hinab in die Bay und versank zu dreiviertel im Wasser, während der nachfolgende Waggon in gefährlicher Lage am Rande der Brücke hängen blieb. In dem abgestürzten Wagen befanden sich 24 Passagiere und der Fahrschaffner. Sie konnten sich zum größten Teil selbst retten, indem sie die Bahnfenster einschlugen und hinausschwammen. Die übrigen wurden durch die Mannschaft eines in der Nähe liegenden Schlepdampfers und die Feuerwehr, die das Dach des abgestürzten Wagens einschlug, gerettet. Auch 20 Badewärter, die sich gerade am Strande photographieren ließen, beteiligten sich an dem Rettungswerk. Zwölf der Passagiere erlitten beim Hinauskriechen durch die eingeschlagenen Fenster Schnittwunden. Das Unglück ist angeblich darauf zurückzuführen, daß der Fahrschaffner ein Haltesignal überfuhr.

★

Ein Motorrad fährt in einen Eisenbahnzug.

+ **Nürnberg,** 22. Juli. Heute abend gegen 6.30 Uhr fuhr an der schrankenlosen Ueberfahrt der Nebenbahnstrecke Roth-Greding ein mit vier Personen besetztes Motorrad mit Soziussitz und Beiwagen in die Maschine eines fahrenden Zuges. Das Motorrad wurde zur Seite geschleudert. Ein Kind war auf der Stelle tot, einer Frau wurden beide Beine abgefahren. Der Führer des Motorrades und ein zweiter Mann wurden schwer verletzt. Von den Verletzten ist bis jetzt noch niemand vernehmungsfähig.

Großfeuer im Lissaboner Hafen.

Lissabon, 22. Juli. Eine Feuersbrunst zerstörte die Hafenanlage. Der Schaden wird auf drei Millionen Escudor geschätzt.